

AKTUELL

BILANZPRESSEKONFERENZEN

Zwei linke Hände

Raymond Klein

Sowohl die LSAP als auch Déi Lénk stehen für linke Politikansätze. Unterschiede gibt es bei der Programmatik, bei der strategischen Positionierung und bei der Beziehung zu den Medien.

Was sind die Perspektiven für linke Politik in Luxemburg, zehn Jahre nachdem die in die Sackgasse geratene große Koalition von einer Drei-Parteien-Regierung abgelöst wurde? Diese hat zumindest in der Gesellschaftspolitik Fortschritte durchgesetzt, scheint aber ihrerseits in Fragen wie Steuerreform und Wohnungspolitik nicht mehr voranzukommen. Verständlich, dass Yves Cruchten am vergangenen Montag nicht nur die Verdienste seiner Partei aufzählte, sondern auch „das ansprechen, was wir nicht erreicht haben oder nicht umsetzen konnten“. Der LSAP-Fraktionsvorsitzende sprach im Rahmen der traditionellen, vorsommerlichen Bilanzpressekonferenz, bei der es wahlkampfbedingt auch um politische Ausblicke ging.

Auffallend war, dass über die Versicherung hinaus, die Koalition habe gut zusammengearbeitet, auch Seitenhiebe auf die beiden anderen Parteien unterblieben. Wie bereits beim LSAP-Kongress wurde nur die CSV explizit angegriffen und ihr Spitzenkandidat Luc Frieden ins Visier genommen – Cruchten warf ihm mehrere „falsche Behauptungen“ vor. Sätze wie „während andere polemisierten, haben wir gehandelt“ legten den Akzent auf die Effizienz, doch auch die fortschrittliche Ausrichtung der Partei wurde herausgearbeitet. Der Vorsitzende verwies auf die LSAP-Vorschläge zu Steuerreform und Arbeitszeitverkürzung, thematisierte kurz die problematischen Aspekte des Wachstums und plädierte für ein Gleichgewicht zwischen notwendiger Erhöhung der Militärausgaben und einer „übertriebenen Rüstungsspirale“. Bezüglich der Wohnungskrise unterstrich Cruchten das jahrzehntelange Engagement der LSAP – erstaunlich, dass sie 2018 die Übernahme des frei gewordenen Ressorts Logement nicht priorisierte. Warum, blieb auch auf Nachfrage der woxx unklar; damals hielt die LSAP an fast allen ihren Ressorts fest und gewann ... das Agrarministerium.

Als erstes Thema, bei dem man das Angestrebte nicht erreicht habe, nannte Cruchten die eingeschränkte Cannabis-Legalisierung. Sodann habe die LSAP zahlreiche Initiativen im Sinne der Steuergerechtigkeit ergriffen – auf den Finanzierungsbedarf der ökosozialen Transition bezog er sich nicht. Das Steuerthema war Gelegenheit, die CSV-Vorstöße als leere Wahlkampfversprechen zu kritisieren. Doch eigentlich war es ebenfalls

eine versteckte Kritik an der DP – abseits der Mikrofone wird auch offen ausgesprochen, dass es die Liberalen sind, die bei sozialen Themen fortschrittlicher Politik im Wege stehen. Interessant war, dass Cruchten in einer persönlichen Anmerkung auf das kontroverse Thema Impfpflicht einging: Die LSAP habe deren Einführung als nicht verhältnismäßig abgelehnt, diese Position mutig gegen die Koalitionspartner durchgesetzt und am Ende Recht behalten.

Déi Lénk gegen alle

„LSAP und Grüne laufen der DP hinterher, für sie gilt: Dabeisein ist alles“, wettete tags drauf die Abgeordnete Nathalie Oberweis bei der Bilanzpressekonferenz von Déi Lénk. Das könnte man als Plädoyer für Rot-Rot-Grün deuten, wenn da nicht die arithmetische Realität wäre, in der die eindeutig fortschrittlichen Kräfte auf kaum mehr als ein Drittel der Stimmen kommen. Nimmt man hinzu, dass Déi Lénk seit 2013 bestenfalls stagnieren, so wird verständlich, dass sich die Partei nicht, wie die LSAP, nur gegen Frieden in Stellung bringt, nicht einmal nur gegen die DP, sondern gegen die gesamte Regierung, das Establishment, ja, die ganze Welt. Das war der Unterton, als die Abgeordnete Myriam Cecchetti darlegte, wie einfach es die Rechten hätten, und wie schwierig es sei, sich als „Linksabbieger“ für alles rechtfertigen zu müssen. Rhetorisch geschickt wiederholte sie „Wir sind so extrem, dass“, gefolgt von einleuchtenden linken Forderungen. Und schloss mit Medienschelte: „Wir werden diskreditiert, indem man unsere Aussagen verdreht, (...) und das nur, weil wir Recht haben.“

Auf die woxx-Frage, warum Déi Lénk als einzige linke Opposition elektoral nicht von der Krisensituation profitieren könne, räumte Cecchetti ein, man habe es nicht geschafft die recht komplexe Botschaft an die Leute zu bringen. Wenige Minuten zuvor hatte der ehemalige Abgeordnete Marc Baum zur Wohnungskrise die vermutlich klügste Analyse aller Bilanzpressekonferenzen vorgetragen, unter Verweis auf das höchst technische Gutachten der „Autorité de la concurrence“ und das wirtschaftsgeographische Paradigma des „land banking“ – populär oder populistisch klingt anders. Hatte bei der LSAP niemand zur Impfpflicht nachgebohrt, so drehten bei Déi Lénk alle weiteren Fragen der Journalist*innen um die kontroversen Themen Ukraine und Nato. Für ihre fortschrittlichen Forderungen gab es kein Interesse; trösten können sie sich nur damit, dass so die vorangegangene Medienschelte quasi gerechtfertigt wurde.

SHORT NEWS

Schulobst: Méco fordert bio statt billig

(mes) – Das Ministerium für Landwirtschaft soll sich ein Beispiel am Erziehungsministerium nehmen. In einem offenen Brief an den Minister Claude Haagen (LSAP) forderte der Mouvement écologique (Méco) letzten Freitag erneut, die nächste Ausschreibung für Schulobst solle regionale und biologische Produkte bevorzugen. Die Ausschreibung könnte sich an der Reform von Restopolis orientieren. Nach dem neuen Gesetz – das die Umwelt-NGO als „Meilenstein“ bezeichnete – wird die für die Verpflegung von Schulkantinen zuständige Firma Restopolis fortan die biologische und lokale Herkunft von Produkten höher bewerten als ihren Preis. Bislang gilt letzterer Faktor jedoch noch als Hauptkriterium in den Ausschreibungen für Schulobst. „Die Ausschreibungen sind kaum interessant für die regionale und biologische Landwirtschaft“, bemängelt der Méco. „Vor allem begibt sich niemand auf den Weg, gezielt Obst für Luxemburger Schulen zu produzieren und sogar vielleicht neue Obstbäume zu pflanzen, da der Absatz a priori unsicher erscheint.“ Die Konditionen der Schulobstausschreibungen erschwerten nicht nur den Marktzugang für hiesige Landwirt*innen, sondern setzten auch Schüler*innen mit Pestiziden belastetem Obst aus. Die nächste Ausschreibung müsse kleinen bis mittleren Betrieben das Anbieten ihrer Produkte erleichtern und konsequent die Biolandbau-Politik der luxemburgischen Regierung umsetzen.

Construction : la maison brûle-t-elle ?

(fg) – La hausse des taux d'intérêt a mis un coup d'arrêt aux mises en chantier dans la construction. La situation est alarmante et pourrait aboutir à des faillites en chaîne ainsi que menacer des dizaines de milliers d'emplois, selon les représentants du secteur, qui emploie entre 20.000 et 65.000 personnes, selon les données et le périmètre pris en compte. L'avertissement semble pris au sérieux par les syndicats, qui, après avoir menacé d'une grève ces dernières semaines, ont mis de l'eau dans leur vin quant à leurs revendications pour le renouvellement de la convention collective du secteur. Pour sa part, le ministre du Travail, Georges Engel, a convoqué ce jeudi 27 juillet une réunion avec l'OGBL et le LCGB pour s'entretenir du devenir des 120 salarié-es de Manuel Cardoso Constructions, dont la faillite leur a été annoncée quelques jours plus tôt par un courrier de la direction. Les employé-es n'ont pas touché leur salaire de juin ni leur prime de fin d'année 2022, et font part de leur inquiétude alors que débutent les congés collectifs dans le bâtiment, pendant lesquels un grand nombre quittent le pays. Ce type de réunion entre ministère et syndicats dans le cas d'une faillite est tout à fait exceptionnel et vise tant à rassurer les salarié-es de la société que l'ensemble des employé-es du secteur en leur signifiant que le gouvernement n'est pas indifférent à leur sort. Et qu'il prend aussi très au sérieux la menace qui pèse sur le secteur après plusieurs décennies d'abondance.

Cannabis: THC statt HHC

(ja) – Synthetisches Cannabis ist in Luxemburg bereits lange verboten und es gibt keinen Bedarf, gesondert dagegen vorzugehen. Das antwortete Ministerin Paulette Lenert (LSAP) auf eine parlamentarische Anfrage von Gilles Baum (DP). Frankreich hat vor Kurzem Verkauf und Konsum des Stoffs Hexahydrocannabinol (HHC) verboten. Bei HHC handelt es sich um ein halbsynthetisches Cannabinol, das aus dem natürlich vorkommenden Tetrahydrocannabinol (THC) gewonnen wird. Es hat eine sehr ähnliche, berauschende Wirkung. So versuchten findige Händler*innen in mehreren europäischen Ländern, das Verbot von THC-haltigem Cannabis zu umgehen, indem sie HHC-Cannabis verkauften. Es handelte sich dabei um Nutzhanfblüten, die mit HHC besprüht wurden. Lenert betonte in ihrer Antwort, dass durch eine vorausschauende Gesetzgebung bereits ein Verbot bestand. Organisationen, die direkt mit Konsument*innen in Verbindung sind, würden in Luxemburg zur Sensibilisierung und Prävention beitragen. Die kürzlich in Kraft getretene Entkriminalisierung von THC-Cannabis zu rekreativen Zwecken habe auch das Ziel, die Attraktivität und Prävalenz von synthetischen Cannabinoiden zu verringern. Einfacher gesagt: Wer kiffen will, soll lieber zu Hause natürliches THC anpflanzen.